

Das Magazin für aktive Frauen im ver.di-Bezirk Rhein-Neckar

ver.di

Nr. 5
FRAU
aktiv

ver.di **Der neue
Bezirksfrauenrat**
stellt sich vor

ver.di **Die „neue“ Armut**
- oder wer ist die
Unterschicht?

ver.di **Gesetzlicher
Mindestlohn**
Deutscher Frauenrat
ist dafür

ver.di **Elterngeld**
- eine neue Familienpolitik?



Ganz schön clever

Mitglied werden:



Mehr bewegen.

Januar 2007

Liebe Kolleginnen,

im letzten Oktober haben wir einen neuen Bezirksfrauenrat gewählt. Was wollen wir? Was sind unsere Themen? Es ist ein zentrales Anliegen unserer Zeitung, dies aufzuzeigen.

Sich Einmischen lautet die Devise - nicht wegschauen vor Entwicklungen, die wir so nicht wollen. Man spricht über den **gesellschaftlichen Paradigmenwechsel**, der sich u.a. ausdrückt in der „neuen“ Armut, die so neu nicht ist, aber auch hierzulande eine neue Qualität und Quantität erreicht hat - mit nachhaltigen Folgen. Wir haben mit Absicht diesem Thema größeren Raum in unserer Zeitung eingeräumt. Vielfältig, wie die Zusammensetzung in ver.di ist, ist auch die Zusammensetzung in unserem Bezirksfrauenrat - und entsprechend breit gefächert das Interessenspektrum. Auch davon soll diese Zeitung einen Eindruck vermitteln.

Unser Bezirksfrauenrat steht allen interessierten Frauen zur Mitarbeit offen. Wir treffen uns monatlich - abwechselnd in Mannheim und Heidelberg. Interessiert? Wir würden uns freuen. Besuchen Sie unsere Internetseite www.rhein-neckar.verdi.de/frauen

In diesem Sinne
Herzliche Grüße vom ver.di-Bezirksfrauenrat

Inhalts -verzeichnis

Der neue Bezirksfrauenrat stellt sich vor	Seite 3
Netzwerk Heidelberger Frauen	Seite 4
Diskriminierungsfrei - Die Einkommens- und Tarifpolitik von ver.di	Seite 5
Was will Eva?.....	Seite 7
Historische Grundlagen für die Quotenregelung	Seite 8
Die „neue“ Armut - oder wer ist die Unterschicht?	Seite 9
Berufliche Rehabilitation: Verschlechterung für behinderte Menschen	Seite 11
Gesetzlicher Mindestlohn: Zustimmung im Deutschen Frauenrat	Seite 12
Ladenschluss - ver.di verteidigt Einzelhandelsstarifvertrag	Seite 13
Elterngeld - eine neue Familienpolitik?	Seite 14
Großmama packt aus. Ein Roman von Irene Dische	Seite 16
Erinnerung an die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm	Seite 17
Kopftuchdebatte - Interview mit Sidar Demirdögen	Seite 18
ver.di-Jugend gegen Rechts	Seite 19
Termine von ausgewählten ver.di-Seminaren im Jahr 2007	Seite 19

Impressum

V.i.S.P. Angelika Paqué . ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Hans-Böckler-Straße 1 . 68161 Mannheim
Tel. (0621) 15 03 15 165 . angelika.paque@verdi.de

Redaktion: Elli Brinkschulte, Anna Barbara Dell, Irmgard Rother
Für nicht namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet die Redaktion
verantwortlich. Schlussredaktion Januar 2007

Layout/Satz: sun concept Werbeagentur GmbH . www.sun-concept.de

Der neue Bezirksfrauenrat

stellt sich vor

Am 10. Oktober 2006 wurde im Rahmen der alle vier Jahre stattfindenden Organisationswahlen bei der Bezirksfrauenkonferenz der neue Bezirksfrauenrat gewählt. 17 Kolleginnen gehören diesem Gremium an. Sie sind die gewählten Vertreterinnen des im vergangenen Jahr neu gegründeten ver.di Bezirks Rhein-Neckar (vorher ver.di Bezirk Mannheim und der Heidelberger Bereich des ver.di Bezirk Heidelberg-Buchen). Das Spektrum - sowohl in beruflicher als auch persönlicher Hinsicht - wurde dadurch noch vielfältiger und interessanter.

Die neuen und auch die „alten“ Kolleginnen in alphabetischer Reihenfolge: Birgül Bahadır, Elli Brinkschulte, Barbara Caroli-Buch, Nevriye Cerit, Martha Czadilek, Anne Barbara Dell, Elisabeth Hauber, Janine Hebert, Susanne Kron, Ursula Kürner, Samia Nagrasus, Irmgard Rother, Maria Sarota, Gerda Steck, Doris Weibel, Martina Weihrauch,



Die Teilnehmerinnen bei der Arbeitstagung

Waltraud Wohlfart. In der konstituierenden Sitzung wurde als Vorsitzende Irmgard Rother wiedergewählt, als Stellvertreterinnen Elli Brinkschulte und Doris Weibel. Schriftführerin wurde Martha Czadilek.

Auf uns warten viele Aufgaben. Packen wir's an!

Arbeitstagung 2006

Traditionell hatte der Bezirksfrauenrat im November 2006 eine Arbeitstagung, diesmal in Wiesloch-Rauenberg, durchgeführt. Solche 2-3-tägigen Arbeitstagungen sind aus unserer Erfahrung unverzichtbar, um ohne Zeitdruck Liegegebliebenes, Perspektivisches und (auch) ein wenig Privates nachzuholen. Unsere monatlichen Sitzungen sind dafür schlichtweg zu kurz.

Auch diesmal wieder haben wir viel geschafft und uns noch mehr vorgenommen: unsere Zeitung war ein Thema, der Internationale Frauentag 2007, Arbeitssituationen in manchen Betrieben, Netzwerkbildung, Planung von Seminaren, Mitgliederwerbung mit einem ausführlichen Referat von Norbert Dziedzic. Und nicht zuletzt haben wir uns in diesen 2½ Tagen noch ein Stückchen besser kennengelernt. Auch der nächste Arbeitstagungstermin steht schon so gut wie fest, außerdem wollen wir dieses Jahr noch eine eintägige Tagung einfügen.

Wir Kolleginnen vom Bezirksfrauenrat...

- ... vertreten Fraueninteressen in den gewerkschaftlichen Gremien
- ... bestimmen Arbeitsschwerpunkte für unsere Frauenarbeit
- ... organisieren themenbezogene Veranstaltungen und Seminare
- ... gestalten unsere Frauenzeitung
- ... informieren Frauen über Entwicklungen, Strategien, Konzepte z.B. in Gleichstellungsfragen und zur Arbeitsmarktsituation...
- ... knüpfen Kontakte mit Verbänden, die Fraueninteressen vertreten
- ... treffen uns einmal im Monat. Die Termine sind unter www.rhein-neckar-verdi.de abrufbar

**Interesse mitzumachen?
Einfach anrufen bei unserer Gewerkschaftssekretärin**

Angelika Paqué Tel. (0621)15 03 15 165

Netzwerk

Heidelberger Frauen

Die erste Satzung des Zusammenschlusses der Heidelberger Frauenverbände und -gruppen wurde

Der Zusammenschluss der Heidelberger Frauenverbände und -gruppen - bekannter als FrauenAG - fand am 19. November 1985 statt.

am 30. Juni 1986 erstellt. Darin heißt es:
„Die Arbeitsgemeinschaft ist eine überpartei-

liche und überkonfessionelle Vereinigung. Sie hat die Aufgabe, die Interessen der Heidelberger Frauen zu vertreten, sowie die Arbeit der Frauenverbände und Frauengruppen bei frauenrelevanten Anliegen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft zu unterstützen. Sie setzt sich für die Verwirklichung der Gleichberechtigung und Gleichstellung zwischen Männern und Frauen ein.“

Erstes und wichtigstes Anliegen der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft war, eine Frauengleichstellungsstelle bei der Stadt zu schaffen. Unter der Ägide von Frau Oberbürgermeisterin Beate Weber konnte 1992 die Forderung der AG nach Einführung einer Frauenbeauftragten bei der Kommunalverwaltung durchgesetzt werden. Ein weiteres Ziel war und ist mehr weibliche Präsenz im Heidelberger Gemeinderat.

Die AG initiierte das Frauennachttaxi und setzt sich für die Förderung von Frauenprojekten ein, wie zum Beispiel das Frauen- und Mädchenzentrum, das internationale Frauenzentrum, den Frauen-Notruf, u.v.a.

Die heutigen Ziele der Heidelberger Frauenverbände und -gruppen sind:

- Vernetzung unter Heidelberger Frauengruppen
- eine Lobby für Fraueninteressen im kommunalpolitischen Rahmen zu schaffen
- Verbesserung der Situation von Mädchen und Frauen

Wir organisieren Veranstaltungen und

Arbeitskreise zu aktuellen Fragen, zum Beispiel Gewalt gegen Frauen:

- sexuelle Ausbeutung,
- Wohnen und Sicherheit in der Stadt
- Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit
- Absicherung von Frauen im Alter
- Foren bei Wahlen zur Vorstellung der Kandidatinnen

Auch 2006 war ein für die FrauenAG ein arbeitsreiches Jahr. Beginnend mit der Teilnahme an der Veranstaltung zum 8. März im Rathaus, im Juli waren wir beim Markt der Möglichkeiten mit einem Stand vertreten.

Bisheriger Höhepunkt war die Podiumsdiskussion am 15. Juli zum Thema Oberbürgermeisterwahlen in Heidelberg, zu der wir alle Kandidatinnen und Kandidaten eingeladen hatten. Für dieses Jahr steht noch eine Veranstaltung am 25.11. an, die wir in Kooperation mit dem Bezirksfrauenrat von ver.di durchführen wollen.

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag im Monat, vor einiger Zeit haben wir unseren Sitzungsort ins Seniorenzentrum in der Altstadt verlegt, da dieses Gebäude barrierefrei ist.



Wir sind immer daran interessiert, weitere Frauenverbände und -gruppen aufzunehmen, interessierte Frauen können zu bestimmten Themen als Gast eingeladen werden.

Kontakt:

Martina Weihrauch
Tel: 06221/47 03 43

Barbara Gundel
Tel: 06221/18 17 72

Diskriminierungsfrei

Die Einkommens- und Tarifpolitik von ver.di

Die Anpassung der Tarifverträge an neue gesellschaftliche und arbeitspolitische Bedingungen ist unumstritten notwendig. Seit Beginn der 90er Jahre gab es in den Gewerkschaften Kampagnen zur Aufwertung

der Frauenarbeit; juristische und arbeitswissenschaftliche Gutachten belegten, dass der „alte“ BAT (Bundes-Angestellten-tarifvertrag) nicht diskriminierungsfrei ist; im Rahmen von Projekten zur Aufwertung von Frauenarbeit wurden Kriterien für die Gestaltung von geschlechtergerechten Tarifverträgen entwickelt.

Der 2005 abgeschlossene Tarifvertrag im öffentlichen Dienst enthält einige positive Regelungen aus geschlechterpolitischer Sicht wie: Festbeträge für die Jahre 2005-2007; sozial gestaffelte Jahressonderzahlungen; Abschaffung der Verheiratetenzulage und Ausweitung des gesetzlichen Teilzeitanspruchs. Legt man jedoch Kriterien von diskriminierungsfreien Tarifverträgen zugrunde, sind viele Punkte z. B. der Entgelttabelle kritisch zu beurteilen: die niedrigste Gruppe ist noch niedriger im Grundentgelt als früher, der Abstand zwischen dem Entgelt der niedrigsten und der höchsten Gruppe beträgt jetzt 300%.

Ver.di hat bereits im Gründungskongress 2001 (Antrag 08) beschlossen und auf dem 1. Bundeskongress 2003 bekräftigt, bestehende Tarifverträge auf ihre Diskriminierungspotenziale zu überprüfen und etwaige Benachteiligungen zu beseitigen.

Das grundrechtliche Gebot der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Tarifverträgen stützt sich auch auf Artikel 141 des EG-Vertrages zur Gewährleistung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für gleiche und gleichwertige Arbeit sowie auf Richtlinie 75/117/EWG, die gemeinsame Kriterien für die Bewertung von Tätigkeiten festschreibt, damit Diskriminierungen in

Entgeltsystemen aufgrund des Geschlechts ausgeschlossen sind.

ver.di hat per Beschluss zur geschlechterdemokratischen Einkommens- und Tarifpolitik u. a. folgende Aufgaben:

- ...ist eine Kampagne zu entwickeln, die sich gegen Einkommen unter 60% des ...Durchschnittseinkommens richtet (von denen vorwiegend Frauen und MigrantInnen betroffen sind),
- überprüft die Spannweite der Entgelte, deren Begründung und deren Auswirkung auf Verdienste nach Geschlecht,
- thematisiert die Einkommensunterschiede zwischen technischen bzw. steuernden Berufen und zuarbeitenden bzw. personennahen Berufen mit dem Ziel, ihre Geschlechter-Gebundenheit offen zu legen und ihre Gleichwertigkeit einzufordern,
- untersucht die Tarifverträge einschließlich der Eingruppierungsmerkmale auf geschlechtsspezifische Diskriminierung anhand der bereits vorliegenden EU-Kriterien und arbeitet auf ihre Beseitigung hin.

Bereits in der Tarifrunde 2002/2003 wurde mit den Arbeitgebern eine „Prozessvereinbarung für die Tarifverhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes (TVöD)“ getroffen, doch bis heute sind die Entgelttabellen unerledigte „Knackpunkte“. (Auch 2006 wurden die Verhandlungstermine seitens der Arbeitgeber abgesagt).

Folgende Eckpunkte wurden von der BTK (Bundestarifkommission) öD 2004 beschlossen:

- Tätigkeiten von ArbeiterInnen und Angestellten, Beschäftigten in verschiedenen Bereichen und für Frauen und Männer müssen nach denselben Kriterien bewertet sein (einheitlicher Bewertungsmaßstab, um den Grundsatz gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit einzulösen).
- Es gilt strikter Tätigkeitsbezug im



Eingruppierungsrecht; die Bezahlung soll an der auszuübenden Tätigkeit ansetzen.

- Es muss ein breiterer Ansatz geschaffen werden, der über fachliche Kenntnisse und Fertigkeiten hinausgeht.
- Die neue Entgeltordnung muss eine echte Durchlässigkeit für entsprechend qualifizierte Tätigkeiten sicherstellen.
- Beschäftigte mit gleicher Tätigkeit sind im Ergebnis wie Beschäftigte mit formalem Ausbildungsabschluss zu bezahlen (soweit rechtlich zulässig).
- Die Heraushebung von einer Entgeltgruppe zur nächsten muss logisch und nachvollziehbar sein (Transparenz).
- Alle Anforderungen und Belastungen einer Tätigkeit sind zu erfassen (Anforderungsgerechtigkeit).
- Anforderungen sollen nicht mehrfach bewertet sein (Überschneidungsfreiheit)
- Es soll eine bundeseinheitliche Rahmenregelung entstehen, die zusätzlich tarifvertraglich ausgestaltet werden kann.

Seit September 2006 liegt der BTK ö.D. folgender Vorschlag für ein sogenanntes **Modulares System** vor, das von einer Projektgruppe erarbeitet wurde und mit den Arbeitgebern verhandelt werden soll:

Die Eingruppierung soll in *zwei Schritten* erfolgen: erstens Bestimmung der **Grundmerkmale** und zweitens Bestimmung der **Zusatzmerkmale**. Grundmerkmal und Zusatzmerkmal(e) zusammen ergeben die Eingruppierung.

Grundmerkmale beinhalten Kenntnisse und Fertigkeiten, gegliedert in Entgeltgruppen; **Zusatzmerkmale** sind: Selbständigkeit, Verantwortung, Schwierigkeit, soziale Kompetenz, psychische oder physische Anforderungen.

Eingruppierung nach den Grundmerkmalen heißt, dass die **gesamte auszuübende Tätigkeit** den Merkmalen einer Entgeltgruppe entspricht. (Wenn zeitlich mindestens zur Hälfte Arbeitsvorgänge anfallen, die für sich genommen die Anforderungen eines Merkmals oder mehrerer Merkmale dieser Grundmerkmale erfüllen).

Zusatzmerkmale führen **jeweils** zu einer höheren Eingruppierung um **je eine** Entgeltgruppe. (Wenn Arbeitsvorgänge mit

Zusatzmerkmalen zeitlich mindestens ein Viertel der gesamten Tätigkeit ausmachen).

Die Merkmale werden durch die Tarifvertragsparteien um Beispiele und Ferner-Tätigkeiten ergänzt, wobei die Beispiele systematisch zugeordnet werden und die Ferner-Tätigkeiten zur Sicherung der Wertebenen durch die Tarifvertragsparteien gesetzt werden.

Die Zusatzmerkmale sind wie folgt definiert:

Selbständigkeit: Selbständige Leistungen erfordern ein Erarbeiten eines Ergebnisses unter Entwicklung einer eigenen geistigen Initiative.

Verantwortung: Verantwortung erfordert eine zeit- und sachgerechte Erledigung bezogen auf den konkreten Aufgabenkreis. Es kann sich z. B. um Verantwortung handeln für: Menschen (z. B. Patienten, Klienten), Finanz- und Sachmittel (Budgets, Informationen), Umwelt (Naturressourcen), Arbeitsergebnisse anderer unterstellter oder nicht unterstellter Personen (Mitarbeiter-Innen, Auszubildende).

Schwierigkeit: Schwierigkeit der Arbeit liegt in den Umständen bezogen auf den Aufgabenkreis, nicht in Bezug auf die erforderlichen Kenntnisse (Anforderungen an Verstand, Kreativität, Konzentrationsfähigkeit, Geschicklichkeit, Komplexität etc.).

Soziale Kompetenz: Fähigkeit, zum Gelingen der Arbeit auf Personen oder die Anforderungen der Gemeinschaft einzugehen. Sie kann sich z. B. aus folgenden Anforderungen ergeben: Gemeinsames Planen und Arbeiten an einer Aufgabe, einem Produkt, einem Arbeitsergebnis; Steuerung von sozialen Prozessen; erhöhte Anforderungen an Kommunikationsfähigkeit; besondere Berücksichtigung von Empfindungen oder Situationen von Dritten; Wahrnehmung und Reflexion des eigenen Handelns.

Psychische und physische Anforderungen: Sie ergeben sich aus der auszuübenden Tätigkeit. Sie müssen über ein normales Maß hinausgehen und können sich sowohl aus den äußeren Bedingungen als auch den Einwirkungen auf die Beschäftigten ergeben. Hierzu gehören: erschwerte Kontaktbedingungen, Konfrontation mit erschwerten Situationen (Probleme, Leid, Aggression), erschwerte Beeinflussbarkeit des zeitlichen Ab-

laufs, einseitige Körperhaltungen und Bewegungsabläufe, erhöhte Anforderungen an Sehen, Hören oder Sprechen.

Auf der Bezirkskonferenz des ver.di Bezirks Rhein-Neckar am 23.11.06 wurden (Antrag RN-003) zur Umsetzung einer diskriminierungsfreien, geschlechterdemokratischen Einkommens- und Tarifpolitik folgende Maßnahmen beschlossen:

- Information, Sensibilisierung und Qualifizierung aller Fachbereiche in ver.di.

- Anwendung der von der Organisation erarbeiteten Instrumente zur Überprüfung von Tarifverträgen auf ihr Diskriminierungspotenzial.
- Dokumentation, Berichterstattung und Weiterentwicklung von diskriminierungsfreien Dienst- und Betriebsvereinbarungen im Bezirk.
- Unterstützung der geschlechtergerechten Einkommens- und Tarifpolitik auf Landes- und Bundesebene.

Anna Barbara Dell

Was will Eva?

Zur Diskussion über das Buch der Ex-Tagesschau-Sprecherin Eva Hermann „Das Eva-Prinzip“ lassen sich viele Fragen stellen:

Warum erscheint so ein Buch gerade jetzt, in einer Zeit, in der der Staat zu wenig Geld für neue Arbeitsplätze, ganztägige Kinderbetreuung und Pflegeleistungen zur Verfügung stellt?

Stimmt es, dass sich viele Frauen von den Anforderungen der Berufstätigkeit und der Familie gestresst fühlen und eigentlich lieber zu Hause bleiben würden?

Haben Frauen überhaupt die freie Wahl, sich zwischen Berufstätigkeit und Familie zu entscheiden?

Und was ist mit den Männern?

Natürlich ist das Buch gerade zur richtigen Zeit erschienen: Der Verzicht von Frauen auf Berufstätigkeit und ihre Hinwendung ganz zur Familie würde dem Staat viele Probleme lösen helfen: Frauen würden Ausbildungs- und Arbeitsplätze frei machen für die Männer. Sie würden (vielleicht) wieder mehr Kinder kriegen und die fehlende Betreuung in Kindergärten und Schulen ausgleichen. Sie könnten mehr Alten- und Krankenpflege leisten. Sie könnten ihre Männer von privaten Verpflichtungen frei halten und dafür sorgen, dass diese bei steigender Wochen und Lebensarbeitszeit noch durchhalten.

Allerdings sieht die ökonomische Realität anders aus: Seit Jahren sinkt der Reallohn und steigen die Lebenshaltungskosten, gerade für Familien mit Kindern. Frauen müssen Geld verdienen. Frauen wollen auch einen Beruf lernen und ausüben, weil sie ihre Fähigkeiten und Interessen entwickeln und finanziell unabhängig sein wollen.

Nebenbei bemerkt: die Wirtschaft hat ein großes Interesse an den beruflichen Fähigkeiten der Frauen und die Erhöhung der Frauenerwerbsquote ist ein wichtiges Ziel der Europäischen Union.

Somit ist die „freie Wahl“ zwischen Berufstätigkeit und Familie bereits eingeschränkt. Statistiken belegen, dass

sogar das Ausschöpfen der Elternzeit nach der Geburt des Kindes vom Familieneinkommen abhängt. Viele Frauen müssen schon nach einem Jahr zumindest wieder in Teilzeit arbeiten, und die Männer können keine Elternzeit nehmen, weil sie in der Regel mehr verdienen als die Frauen und dieses Geld in der Familie gebraucht wird.

Den Stress im Beruf und zu Hause wollen wir nicht weder die Frauen noch die Männer. Wir wollen sicher sein, dass unsere Kinder in Kindergarten und Schule gut betreut sind und wir uns nicht abhetzen müssen, um sie auf die Minute pünktlich abzuholen. Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.



Wir wollen Lohnausgleich für die Zeiten, in denen wir wegen Krankheit in der Familie zu Hause bleiben müssen.

Überhaupt wollen wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen:

Wenn sich Frauen gegen Berufstätigkeit entscheiden (können) und lieber zu Hause bleiben - es gibt auch welche ohne Kinder - akzeptieren wir ihre Entscheidung.

Wir wollen zusammen mit den Männern die traditionellen Rollenbilder diskutieren und mit ihnen neue Lebenskonzepte entwickeln. Unser Ziel ist ein solidarisches Miteinander, das jedem Menschen die größtmögliche Selbstverwirklichung erlaubt.

Da helfen uns Bücher wie das von Eva Hermann wirklich nicht weiter.

Barbara Caroli-Buch

Historische Grundlagen

für die Quotenregelung

Zu den Grundsätzen über den Aufbau der Gewerkschaft ver.di gehört die Regelung der verbindlichen Frauenquote - d.h., dass in allen Organen, Beschlussgremien und bei Delegiertenwahlen die Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil in der jeweils präsentierten Mitgliedschaft vertreten sein müssen. Im September 2006 bestätigte ein von ver.di in Auftrag gegebenes Gutachten der Kölner Rechtsprofessorin Grunewald die volle Rechtmäßigkeit dieser Satzungsregelung.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Gleichberechtigung der Frau in ihrer heutigen Form verdanken wir Dr. Elisabeth Selbert. Ohne ihr Engagement hätten Frauen möglicherweise noch immer nur die „gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“, wie der Gesetzestext in der Weimarer Republik lautete eine vieldeutige Formulierung, welche die Gleichberechtigung nicht wirklich fest schrieb.

Im September 1948 trat der Parlamentarische Rat im Zoologischen Museum König in Bonn zusammen, um eine Verfassung zu konzipieren. Unter den 65 Ratsmitgliedern gab es nur vier Frauen, darunter Elisabeth Selbert. Für sie gehörte die Gleichberechtigung der Geschlechter ganz selbstverständlich zu den Menschenrechten. Ihr Formulierungsantrag "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" stieß zunächst auf heftigen Widerstand und wurde mehrmals abgelehnt. Unter schwierigsten Bedingungen warb sie daraufhin bei Frauen aus Frauenverbänden, Gewerkschaften und Parteien in ganz Deutschland - mit Erfolg. Arbeitnehmerinnen engagierten sich für die Festschreibung "Männer und Frauen sind gleichberechtigt". Washkörbeweise kamen Protestschreiben gegen andere Formulierungen, die vieldeutige Auslegungen zugelassen hätten.

Nach langen und erregten Diskussionen über die Gleichberechtigung trat das Grundgesetz 1949 in Kraft. Aber erst 1958 wurde die Gleichberechtigung von Mann und Frau durch eine Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches weiter vorangetrieben. (Erst seit dieser Zeit haben Frauen

beispielsweise das Recht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.) Dreieinhalb Jahrzehnte vergingen, bis im Jahr 1994 der Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz ergänzt wurde um den Satz: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin".

Dieser Passus des Grundgesetzes ist die Grundlage für die Quotenregelung. Sie wird daher als gesetzlich verankertes Instrument zur Unterstützung eines Prozesses eingesetzt, der die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zum Ziel hat. Dieser Prozess zielt auf die Beseitigung bestehender Nachteile ab und kann nach dem Willen des Gesetzgebers erst bei der Erreichung dieser Zielsetzung enden.

Diese Sicht teilt auch der Europäische Gerichtshof. Er stellte die Vereinbarkeit des Gesetzes mit dem EU-Recht fest und erkannte auch die Notwendigkeit gesetzlicher Vorschriften zur Frauenförderung an. (Rechtsbereich/Normen: EU-Recht (Richtlinie 76/207/EWG Art. 2 I, IV)



Die vier Frauen im Parlamentarischen Rat von 1948:
Friederike Nadig (1897-1970)
Elisabeth Selbert (1896-1986)
Helene Weber (1881-1962)
Helene Wessel (1898-1969)

Die „neue“ Armut

- oder wer ist die Unterschicht?

Nein, neu ist Armut nicht. An den Rändern der Gesellschaft hat es sie in unserem „Wirtschaftswunderland“ und in unserem Exportweltmeisterland schon immer gegeben.

Wir kennen die Bilder: Obdachlose auf der Parkbank, im Unrat spielende Kinder vor abschreckender Hochhauskulisse, alte Frauen in abgetragenen Mänteln. Nur durfte in Deutschland bisher nicht darüber geredet werden, eine Vogel-Strauß-Taktik, die verhindern sollte, ein System der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit anzuprangern.

Aber sie beherrscht endlich, zu Recht, seit Monaten die Debatte in den Medien. Sie findet statt im Politik-, im Wirtschaftsteil der Zeitungen und sogar das Feuilleton hat sie erobert. Diese Debatten sind in den letzten Jahren immer wieder aufgebrandet und auch wieder im Sande verlaufen. Neu ist ihre Dauerhaftigkeit, neu ist die jetzt überall eingestandene Erkenntnis, dass Armut kein Zustand einer Randbevölkerung ist, nicht dem Versagen einzelner ange- lastet werden kann, sondern angekommen ist in der Mitte der Gesellschaft. Und auch nicht mehr daraus verschwinden wird. Vollbeschäftigung ist seit langem eine Illusion und wird erst jetzt zaghaft eingestanden.

Armsein als Zukunft?

10,6 Millionen Menschen werden als Arme definiert, weitaus größer aber ist die Zahl derer, die zwar dort noch nicht ganz angekommen sind, aber nur einen Wimpernschlag davon entfernt zu sein glauben: der Facharbeiter, der morgen schon Hartz IV-Empfänger sein kann, der gut ausgebildete Akademiker, der ohne Anstellung bleibt, die Familie, die nicht weiß, wie die Zukunft ihrer Kinder gesichert werden soll.

Armut ist massenhaftes Schicksal, vor allem aber eine allgegenwärtige Drohung. Sie ist nicht nur materiell zu erfassen. Sie ist Ausschluss aus der Gesellschaft, Diskriminierung auf dem Feld der Gesundheits-

fürsorge, des Wohnens, der Freizeitgestaltung oder des Bildungszugangs für Kinder. Sie ist selbst auferlegte Isolation, Schwund des Selbstwertgefühls. Erniedrigung. Verwahrlosung, Hoffnungslosigkeit. Sie wirkt wie ein Gift, das unsere immer noch wohlhabende bundesrepublikanische Gesellschaft bis zur Unkenntlichkeit verändern kann. Die Armut vieler ist der Reichtum weniger. Diese Aussage ist uralte und ließe sich mit einer ganzen Zahlenkolonne belegen. Offene Diskussionen, auch über Reichtum und Umverteilung sind notwendig: völlig verfehlt ist in diesem Zusammenhang der immer wieder auftauchende Vorwurf eines angeblichen „Sozialneids“, wenn nüchterne Zahlen zur sozialen Ungleichheit angeführt werden.

So ganz nebenbei: es nützt den Politikern, vielleicht denen der SPD am allerwenigsten, das Wort Unterschicht nicht gelten lassen zu wollen und damit den Zustand der Gesellschaft negieren zu wollen. Es ist da und es drückt eine Menge aus. Die Wortschöpfung „Prekariat“, die ohnehin von wenigen und noch weniger von den Betroffenen selbst verstanden wird, macht sich nur wichtig. Entlarvend ist aber ein Blick ins Fremdwörterbuch: prekär = durch Bitten erlangt, widerruflich; misslich, schwierig, bedenklich, heikel.

Währenddessen werden die „Unterschichten“ langsam deutlicher sichtbar. Eine im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Gesellschaft im Reformprozess angefertigte Studie zeigt genaueres. Das Neue an dieser Studie besteht darin, dass sie neben den klassischen sozio-ökonomischen Daten wie Einkommen und Arbeitsplatzsituation auch die Werteinstellungen, die Lebensbewältigungsmuster und Selbsteinschätzungen der Befragten berücksichtigt.



Neun Gruppen lassen sich aus dem Zahlenmaterial bilden, vier davon stellen ungefähr das obere Segment der Gesellschaft dar, dann folgt eine teils stabile (zufriedene Aufsteiger), teils wacklige (bedrohte Arbeitnehmermitte) Mittelschicht - sowie ein unteres Ende, das mit jenen 8% Ausgeschlossenen abgeschlossen wird, die in der Studie „abgehängtes Prekariat“ heißen, weil nicht nur ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse unsicher sind, sondern auch ihr Blick auf

sich und die Welt von erheblicher Verunsicherung gekennzeichnet ist. In Westdeutschland macht diese Gruppe 4%, im Osten allerdings 25% der Bevölkerung aus. Der Männeranteil ist hoch. Das vielleicht beunruhigendste Ergebnis der Studie:

Abstiegsfurcht und Vertrauensverlust fressen sich bis in die gesellschaftliche Mitte hoch, auch die, die noch dazu gehören, beschreiben ihre Lage als „prekär“, selbst da, wo Werte noch intakt sind. Was sich dabei wirklich und messbar auflöst, ist das Vertrauen ins politische System generell. Das Gefühl, sozial ausgeschlossen zu sein, ist also nicht an die Arbeitslosigkeit gekoppelt. Es gibt Arbeitslose, die keineswegs resignieren, und Arbeitnehmer, die es tun. In der Gruppe des „Abgehängten Prekariats“ fallen allerdings sämtliche Unsicherheitsfaktoren in eins und produzieren dauerhafte Hoffnungslosigkeit. „Unterschicht“ heißt also nicht nur Langzeitarbeitslosigkeit, sondern ist auch von der Abwesenheit eines elementaren „Sinn des Lebens“ gekennzeichnet.

Was folgt daraus? Ein erfülltes Leben ist an die Möglichkeit zu arbeiten gebunden. Was Zuversicht auslöst, muss hinzukommen. Aber „Sinn“ bleibt für viele, zumal für die „Unterschichten“ eine leere Formel. Religion füllt diese Stelle nur noch für wenige, das zivilgesellschaftliche Engagement im demokratischen Rechtsstaat ebenso. Damit ist man mitten in den Schwierigkeiten politischer Maßnahmen. Zumal die Stimmenfänger von rechts immer leichteres Spiel haben. Das Unterschichtenproblem lässt sich nicht mit Kontrollen lösen. Wenn

die Hartz-Gesetze noch mit Strafklauseln verschärft werden, wird dies die Resignation eher befestigen und Abstiegsängste weiter schüren. An der Langzeitarbeitslosigkeit wird sich mittelfristig nur etwas ändern, wenn es gelingt, die unheilvolle Verkettung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu unterbrechen. Mit Politik kann man die Generation der Kinder retten, jedenfalls müsste sie es versuchen. Familienförderung, frühkindliche Bildung und Unterbringung müssten mit einer entsprechenden Schulpolitik koordiniert werden. Staatliche Maßnahmen also mit einem großen Willen zur Umgestaltung. Aber will sie das überhaupt? Der Verlauf der aktuellen Debatte ist verräterisch, Bildungspolitik, die sich äußert als Sparmaßnahmen bei gleichzeitiger Elitförderung ebenso. Ein integriertes sozialpolitisches Konzept, das dem gesellschaftlichen Ausschlussmechanismus am unteren Ende der Sozialskala Einhalt gebieten würde, ist nicht in Sicht. Die bittere Wahrheit ist, dass eine Generation von Langzeitarbeitslosen nichts anderes zu erwarten hat als Geldleistungen. Und wenn es ganz bitter kommt, nicht einmal das.

Können wir eine Kehrtwende machen?

Das Übel zu beschreiben und das Übel zu bekämpfen sind zwei Seiten einer Medaille. Was wir dringend brauchen sind schonungslose Analysen und ein Bündel von Maßnahmen - unter Mitwirkung aller, natürlich auch der Gewerkschaften. Wir alle müssen uns einmischen in die Debatte um Mindestlohn, Bildung, Arbeitszeitpolitik. Armutspolitik ist Querschnittsaufgabe, sie ist eine Politik des Respekts: wie können Menschen ein sinnvolles Leben führen, auch wenn sie keine Arbeit finden. Abschied von der Lebenslüge Vollbeschäftigung. Armutspolitik braucht engagierte Armutspolitiker aus allen Parteien und Verbänden. Dabei dürfen die Verursacher der „neuen“ Armut nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Politische Maßnahmen können das Übel immer nur bekämpfen. Letztendlich ist immer noch das kapitalistische System in seiner menschenverachtenden Gier die Hauptursache! Viele Aspekte konnten in diesem Artikel nicht angesprochen werden - hängt doch immer alles mit allem zusammen: Bildungspolitik, Geschlechterpolitik, Integrationspolitik. Die „neue“ Armut - ein weites, ein trostloses Feld?



Zu diesem Komplex ist ein interessantes Buch neu erschienen:

**Nadja Klinger
 Jens König**
„Einfach abgehängt.“
 Ein wahrer Bericht
 über die neue Armut
 in Deutschland“
 Rowohlt 2006
 14,90 Euro

Berufliche Rehabilitation

Erhebliche Verschlechterung für behinderte Menschen

Durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik, steigende Arbeitslosenzahlen und die Hartz-Gesetzgebung wird für behinderte Menschen die Rückkehr ins Berufsleben immer schwieriger

Im Jahre 2001 wurde das Sozialgesetzbuch IX verabschiedet mit der Zielsetzung, die Situation behinderter Menschen in Gesellschaft und Beruf nachhaltig zu verbessern. Insbesondere schreibt das Gesetz vor, dass alle Sozialleistungen erbracht werden sollen, die erforderlich sind, um „die Teilhabe am Arbeitsleben entsprechend den Neigungen und Fähigkeiten dauerhaft zu sichern und ... die persönliche Entwicklung ganzheitlich zu fördern und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sowie eine möglichst selbständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen oder zu erleichtern“.

Zu erbringen sind diese Leistungen von den einzelnen Sozialleistungsträgern wie Rentenversicherungen, Berufsgenossenschaften und der Bundesagentur für Arbeit als wesentliche Leistungsträger. Für behinderte Menschen gibt es ein flächendeckendes Angebot von Bildungsanbietern, die Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke, die darauf ausgerichtet sind, alle erforderlichen Hilfen, wie Pflege und psychologische, medizinische und sozialpädagogische Unterstützung anzubieten. Bis vor einigen Jahren konnte jeder Mensch, der entweder mit einer Behinderung geboren wurde, oder im Laufe seines Lebens durch einen Unfall oder eine Krankheit in die Lage geriet, sich beruflich neu orientieren zu müssen, sich weitgehend darauf verlassen, dass die Gesellschaft ihn in seiner schwierigen Situation unterstützt.

Mittlerweile haben sich Bedingungen massiv verschlechtert, bedingt durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik, steigende Arbeitslosenzahlen und die Hartz-Gesetzgebung. Vor allem die Bundesagentur, früher Hauptträger für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Rehabilitation, hat sich von ihren sozialpolitischen Zielen verabschiedet mit der Be-

gründung, dass sich berufliche Ausbildung nicht auszahlen würde. In den Vordergrund wird jetzt die möglichst direkte Integration in den Arbeitsmarkt gestellt. Dagegen ist sicherlich nichts einzuwenden, in der Praxis hat dies aber dazu geführt, dass ein Facharbeiter gezwungen werden kann, auch eine Hilfsarbeitertätigkeit anzunehmen und letztlich dadurch einen sozialen Abstieg erfährt. Hinzu kommt das für Laien kaum zu überblickende Kostenträger-Wirrwarr, das durch die Einbeziehung der Jobcenter und Optionskommunen nur weiter verschärft wurde.

Statt qualitativ hochwertiger Bildungsangebote mit festangestelltem Personal hat das Ausschreibungsverfahren der Agentur für Arbeit Bildungsträger mit Niedrigpreisen und freien Mitarbeitern bevorzugt. Das Ergebnis: Nahezu ein Drittel der Träger der beruflichen Weiterbildung musste aufgeben mit Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen, darunter auch vielen Frauenarbeitsplätzen in Sozialberufen.



Massive Auftragsrückgänge bei Einrichtungen für Behinderte, vor allem bei den Berufsförderungswerken, haben einen drastischen Arbeitsplatzabbau zur Folge gehabt. Bundesweit hat das bisher ca. 3.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gekostet und viele mit Steuern und Beitragsgeldern finanzierte Einrichtungen stehen leer. Allein beim ehemaligen Berufsförderungswerk der SRH in Heidelberg sind in den letzten beiden Jahren wegen des eklatanten Teilnehmerrückgangs ca. 250 Arbeitsplätze abgebaut worden und das - ist zu befürchten - ist nicht das letzte Wort.

Gesetzlicher Mindestlohn

Zustimmung im Deutschen Frauenrat (DF)

Die bundesweite Vertretung von 11 Millionen Frauen in Deutschland trägt Forderung gegen Lohn- und Sozialdumping.

Mit ihrem Beschluss "Gesetzlicher Mindestlohn" hat die Jahresversammlung der Mitgliedsorganisationen im Deutschen Frauenrat sich am 12. November 06 zu einer Neuregelung

des Niedriglohnssektors in Deutschland positioniert. Die Frauenverbände fordern, nicht nur die Sicherung der bloßen Existenz sondern gleichfalls die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

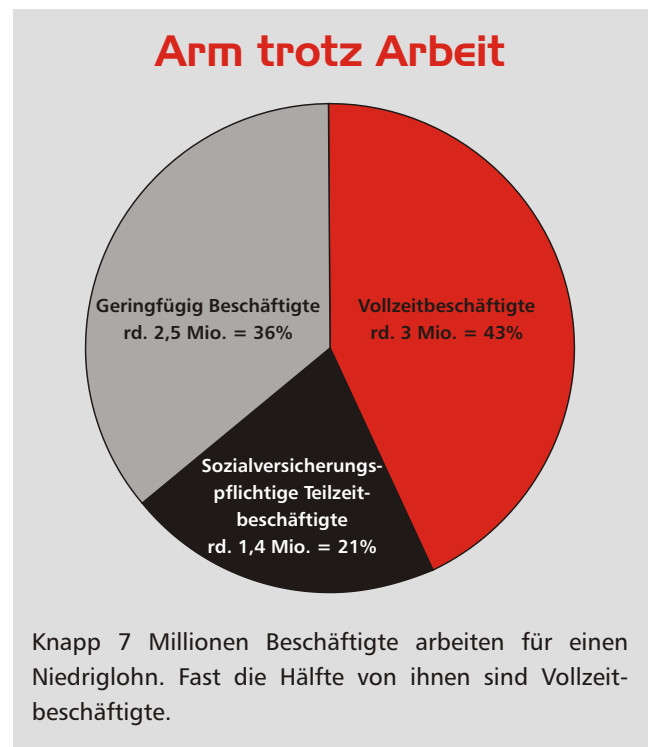
Als wichtigstes Element wird der Mindestlohn gefordert, über den der Zugang auch zu den Systemen der sozialen Sicherung hergestellt werden soll. Der DF übernimmt dabei die Reihung der Maßnahmen, wie sie auch von den Gewerkschaftsfrauen in der DGB-Bundesfrauenkonferenz 2005 entwickelt wurde:

- Tarifliche Regelungen mit Allgemeinverbindlichkeitserklärung durch das zuständige Ministerium.
- Anwendung des Entsendegesetzes bei Vorliegen bundesweit gültiger Tarife.
- Gesetzlicher Mindestlohn als notwendige Schlussfolgerung für Bereiche ohne die Möglichkeit ausreichender tariflicher Regelungen.
- Als zunächst einzuführende Untergrenze empfiehlt die DF-Mitgliederversammlung 7,50€, die auch ver.di derzeit flächendeckend vertritt.

Als besonders erfreulich werten die ver.di-Frauen die im Beschluss des DF erkennbare breite Zustimmung, die der gesetzliche Mindestlohn hier aus der Bevölkerung erfährt. Der DF setzt sich aus ganz unterschiedlichen Frauenverbänden mit gesellschaftlich vielfältigen und sozialen Aufgaben und Zielen sowie politischen, weltanschaulichen und beruflichen Hintergründen zusammen. Um so deutlicher wird hier, wie notwendig die Regelung eines gesetzlichen Mindestlohnes für Frauen in Deutschland ist.

Um die Zukunft von Frauenberufen zu sichern und Arbeitsplätze mit prekären Arbeitsbedingungen, die einer tariflichen Regelung immer schwerer zugänglich sind, zu verringern, müssen dringend neue Wege beschritten werden. Frauen sind doppelt so häufig von Niedriglöhnen betroffen wie Männer.

Die ver.di-Frauen begrüßen ausdrücklich den Beschluss des Deutschen Frauenrates und werden sich weiterhin für den Mindestlohn in Deutschland einsetzen.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Auswertung IAT

KEIN LOHN
UNTER 7,50
Euro pro Stunde

Ladenschluss

ver.di verteidigt Einzelhandelsstarifvertrag

Gegen Wegfall von 300 Arbeitsplätzen bei Real und Kaufhof in der Kurpfalz

Dem baden-württembergischen Einzelhandel steht offenbar eine heftige Tarifauseinandersetzung bevor. Die Große Tarifkommission der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) diskutierte am 30. November in Karlsruhe die durch die geplante völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten und die Kündigung des Manteltarifvertrages durch die Arbeitgeber entstandene Tarifsituation.

In einer Entschließung verurteilten die Gewerkschafter die „Vernichtung von rund 300 Arbeitsplätzen in Betrieben des Metro-Konzerns in der Kurpfalz“. Die Landesregierung will im kommenden Jahr gegen heftige Proteste der Gewerkschaft das Ladenschlussgesetz weitgehend abschaffen, die Arbeitgeber wollen künftig für die dann häufiger anfallende Spät- und Nachtarbeit keine Zuschläge mehr zahlen und haben deshalb den Manteltarifvertrag gekündigt. „Diese Arbeitgeberforderungen werden unverhohlen mit der Drohung verknüpft, dass es, wenn ver.di sich nicht auf die Verschlechterungen einlassen will, eben keinen Flächentarifvertrag für Einzelhandel mehr geben wird“, so ver.di-Verhandlungsführer Werner Wild. Dieser „offenen Erpressung“ will ver.di entschieden entgegen treten. Die Tarifkommission beschloss einstimmig einen Aufruf an die Betriebsräte, keinerlei Veränderungen der betrieblichen Arbeitszeiten zu akzeptieren, bevor nicht die tariflichen Rahmenbedingungen geklärt sind. Die bezirklichen Tarifkommissionen werden sich in den nächsten Wochen auf die bevorstehende Tarifaueinandersetzung vorbereiten. Dabei wird auch die Frage diskutiert, ob wegen der gravierenden Veränderungen der Arbeitsbedingungen durch den Wegfall des gesetzlichen Ladenschlusses weitergehende tarifliche Schutzregelungen erforderlich sind. Ebenfalls in der Diskussion sind Vorschläge, mit Hilfe eines Sozialtarifvertrages die verschärften Belastungen bei der Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen zu mildern. In einer Entschließung protestiert die

Große Tarifkommission gegen die Pläne der beiden zum Metro-Konzern gehörigen Unternehmen Kaufhof und Real, mit denen im Einzelhandel der Kurpfalz insgesamt 300 Arbeitsplätze vernichtet würden und sichert den betroffenen Belegschaften solidarische Unterstützung im Kampf um ihre Arbeitsplätze zu. Kaufhof beabsichtigt, den Logistikbetrieb Viernheim zum 30. Juni 2007 zu schließen. Damit würden dort 250 Arbeitsplätze verloren gehen. In den Real-Märkten in Mannheim-Sandhofen und Neu-Edingen sollten 50 Arbeitsplätze abgebaut werden, weil das Unternehmen im Zuge von Personalkosten-

maßnahmen Tätigkeiten an Fremdfirmen ausgliedern oder von Leiharbeitnehmern erledigen lassen will. „Von diesen Maßnahmen, die ausschließlich der Gewinnmaximierung des Konzerns dienen, wären überwiegend ältere Arbeitnehmer und Frauen betroffen. Ver.di spricht von einer „Profitsanierung“. Der Metro-Konzern hat im vergangenen Jahr einen Gewinn von 647 Mio. Euro gemacht. Wir sehen deshalb den Metro-Konzern in der sozialen Verantwortung“, heißt es in der einstimmig verabschiedeten Erklärung. ver.di fordert den Metro-Konzern auf, „dieser Verantwortung gerecht zu werden und auf die beabsichtigten Arbeitsplatzvernichtungen zu verzichten bzw. Ersatzarbeitsplätze in den zahlreichen Betrieben des Konzerns in der Region anzubieten.“ ver.di nimmt den Personalabbau nicht kampflos hin. In knapp vier Tagen haben sich mehr als 2.000 Frauen und Männer gegen die geplanten Kündigungen und den „Austausch der Belegschaft durch Billig-Kräfte“ ausgesprochen. Ver.di leitet mit den Beschäftigten, die die Kündigung erhalten sollen, Kündigungsschutzklagen ein.



Karikatur: Reiner Schwalme

Presseerklärung von ver.di
(Stand 20.12.2006)

Elterngeld

- eine neue Familienpolitik?

Im Gegensatz zu Deutschland investieren familienpolitisch erfolgreiche Länder in Dienstleistungen für Familien anstelle in direkte Transferleistungen

Das eingeführte Elterngeld ist unter frauenpolitischen Aspekten ein grundsätzlich richtiges und wichtiges Instrument, Kindererziehung verstärkt, wie in skandinavischen Ländern vorge-
macht, zu einer Sache von Mann und Frau zu machen. Dort herrscht ein gesellschaftlicher Konsens, dass auch Männer Erziehungsaufgaben übernehmen sollen und müssen. Vor allem **Elterngeld als Lohnersatzleistung** ist positiv zu bewerten, da hiermit ausdrücklich die Berufstätigkeit von Frauen als Lebensmodell vorausgesetzt wird.

Und doch ist es bei genauerer Betrachtung ein Kompromiss, der keiner klaren sozial- und geschlechterpolitischen Linie folgt, so jedenfalls auch die Einschätzung des WSI (wirtschafts- und sozialpolitisches Institut des DGB). Ein eindeutiger familienpolitischer Paradigmenwechsel - hin zur verstärkten Förderung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile - habe nicht stattgefunden. Das zeige sich an verschiedenen Stellen: Besonders problematisch findet das WSI, dass die im Gesetz enthaltene Teilzeitregelung nicht geeignet ist, eine partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Eltern zu fördern. Arbeiten nämlich beide Eltern mit verringerter Stundenzahl, bekommen sie statt 14 Monate maximal 7 Monate lang Elterngeld. Im Gegensatz zu den Paaren, die nacheinander für jeweils mindestens zwei Monate in Vollzeit Elternzeit nehmen. Es sei auch inkonsequent, dass auch nicht erwerbstätige Elternteile den Sockelbetrag von 300€ erhalten. Dieser Leistungsanspruch begünstige die freiwillige Nichterwerbstätigkeit von Elternteilen - in aller Regel den Müttern - mit einem gut verdienenden Partner.

Die Schlechterstellung von unfreiwillig nicht erwerbstätigen Eltern wird dagegen in Kauf genommen. Denn die Höhe des Elterngeldes orientiert sich nur am Erwerbs-

einkommen während der letzten 12 Monate vor der Geburt des Kindes. Deshalb wird eine eigenständige Existenzsicherung durch das Elterngeld für viele Mütter und Väter, die in diesem Zeitraum auch nur zeitweise ohne Job waren, nicht möglich sein. Das WSI schlägt daher vor, Ausfallzeiten bei der Berechnung nicht zu berücksichtigen und den Bemessungszeitraum in bestimmten Fällen auf 24 Monate zu verlängern, wie es beim Arbeitslosengeld I möglich ist. Nach der geplanten Regelung fahren Eltern, die vor der Geburt Arbeitslosengeld I bezogen haben, mit dem neuen Elterngeld in vielen Fällen schlechter als solche, die ALG II und zusätzlich den Sockelbetrag von 300€ bekommen.

Diese Kompromisslinie des Elterngeldes findet ihre teilweise Erklärung im 7. Familienbericht vom April 2006. Dort nämlich wird **eine vernichtende Bilanz der Familienpolitik** der letzten Jahrzehnte gezogen. Etwa

Studie vergleicht europäische Länder: Fast alle isländischen Papas gehen in Elternzeit

„...nehmen in Island Väter im Schnitt 90 Tage und Mütter 180 Tage eine bezahlte Auszeit. Die weiter bestehende Differenz erklärt der Geschlechterforscher Ingolfur Gislason damit, dass die isländischen Mütter ihre Säuglinge rund ein halbes Jahr stillen und in dieser Zeit zu Hause bleiben. Danach aber gehen neun von zehn Vätern für ein Vierteljahr in Elternzeit.

Nach den Befragungen der Wissenschaftler befürworten fast 74% der isländischen Arbeitgeber den befristeten Ausstieg der Männer.



Gesetzliche Papamonate werden dort nicht als „Windelvolontariat“ diffamiert oder als staatliche Bevormundung abgelehnt. Vielmehr herrscht ein gesellschaftlicher Konsens, dass auch Männer

Erziehungsaufgaben übernehmen sollen.“

150 Milliarden Euro geben Bund, Kommunen und Sozialversicherungen alljährlich für die Förderung der Familien aus. Dieses Geld hat nicht dafür gesorgt, dass junge Erwachsene Kinder ebenso als Teil einer gemeinsamen Lebensplanung begreifen wie etwa in Frankreich, Schweden oder Dänemark. Auch bei der Bekämpfung der Kinderarmut schneidet Deutschland im internationalen Vergleich schlecht ab. Seit den 70er Jahren habe man außerdem die Chance verpasst, so der Bericht, „eine beide Geschlechter stärkende Familienpolitik“ zu entwickeln.

Während familienpolitisch erfolgreichere Länder vor allem in **Dienstleistungen für Familien** investieren, fließt hierzulande der Löwenanteil des Geldes vor allem in direkte finanzielle Transferleistungen wie Kindergeld oder Ehegattensplitting. Letzteres fördert und festigt die Hausfrauenehe, weniger die Familien. In keinem europäischen Land ist der steuer- und sozialpolitische „Hausfrauenbonus“ so hoch wie in Deutschland, dem Land der allgegenwärtigen, unterbezahlten Muttis als Dienstleisterinnen ihrer Kinder (und Männer).

Umso weiter sind wir von einem bedarfsgerechten, qualitätsorientierten Kinderbetreuungsangebot entfernt - insbesondere von Kindern unter drei Jahren. In Westdeutschland hat sich der Versorgungsgrad von 1994 bis 2002 gerade mal um 1,5 Prozent verbessert. Bei diesem Tempo dauert es noch über 300 Jahre, bis wir die dänische Versorgungsquote von heute erreichen. Die ExpertInnen empfehlen, die bisherige Fixierung staatlichen Handelns auf Geldleistungen durch einen umfassenden Strategiemix zu ersetzen. Dazu gehört der Ausbau der Kinderbetreuung ebenso

wie eine neue Zeitpolitik, bessere Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern sowie effektivere finanzielle Leistungen.

Aus alledem muss der eindeutige Auftrag an die Politik erfolgen, einen **radikalen Kurswechsel** in der Familienpolitik zu vollziehen. Doch zurzeit scheinen noch große Teile der Politik davon weit entfernt zu sein das zeigen nicht zuletzt die unsäglichen Diskussionen um die „Papa-Monate“ beim Elterngeld. Diese Häme (auch die Schmähungen der Ministerin von der Leyen: hat die nicht genug mit ihren Kindern zu tun?) lässt tief in die Politikerherzen blicken Kinder sind Frauensache, Frauen überhaupt gehören sowieso und gerade in hart(z)en Zeiten in die Küchen und Kinderzimmer. Eine moderne und fortschrittliche Familienpolitik scheint von vielen Politikern nicht gewollt zu sein. Gewerkschaften müssen sich noch stärker für eine familienbewusste Betriebs- und Tarifpolitik engagieren. Zwar gibt es eine ganze Reihe Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen mit wegweisenden Regelungen. Trotzdem bleiben erhebliche Defizite. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände schöpfen die Möglichkeiten einer gleichstellungsorientierten Tarifpolitik bei weitem nicht aus. (Sitzen dort womöglich zu viele ehегattengesplittete Männer, mit der rückenstärkenden Frau im Haus?) Eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik muss auch innerhalb der Gewerkschaften mehr thematisiert werden. Deren Zukunftsfähigkeit hängt mit davon ab, ob es ihnen gelingt, sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Weitere wichtige Informationsquellen:
www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie.did
www.elterngeld.net
www.frauen.verdi.de

Internationaler Frauentag 2007

Wie in den letzten Jahren auch veranstaltet der Bezirksfrauenrat ver.di am Sonntag, den **11. März 2007**, ein Fest zum Internationalen Frauentag.

Das Programm ist zwar teilweise noch in der Planungsphase - soll ja aber auch Überraschungen bieten! Was wir aber jetzt schon verraten können: es wird gefeiert im Haus der Jugend in C 2, und zwar ab 15 Uhr. Geboten werden: Informationen, Gesang, Musik, Kabarett, es gibt Essen - und (hoffentlich) gute Laune. Einladungen erfolgen rechtzeitig und detaillierter im Februar.

Großmama packt aus

Roman von Irene Dische

„Es ist Frauensache, dafür zu sorgen, dass die Familie ihr Niveau hält. Männer sind nicht stark genug.“

Und das tut sie, bei Gott! Großmamas Erzählstimme läuft wie Likör die Kehle hinab, mit viel altersweisem Witz, mit verschrobenern, aber liebenswerten Ansichten. Man sieht sie vor sich: mit wagenradgroßem Hut, mit eleganten Handschuhen, gehüllt in edlen Pelz und mit Juwelen behangen. Diese Juwelen waren angeblich direkt von Zar Alexander in den Familienerbschmuck gelangt und von der Enkelin Irene respektlos verscherbelt! Mon Dieu.

Sie nimmt bei der Erzählung ihrer Lebensgeschichte und der ihrer Familie kein Blatt vor den Mund, schont mit ihrer Ehrlichkeit weder sich selbst noch andere. Die stolze, sich ihrer vornehmen Herkunft bewusste Frau „Professor Doktor“ Rother, Villenbesitzerstochter aus dem Rheinland, verschlagen in die schlesische Provinz zu ihren jüdischen Verwandten mit kriminellen Einsprengeln.

Sie fordert in politisch gefährlichen Zeiten bei der Gestapo den ihr zustehenden Respekt ein, wenn es darum geht, den Aufenthalt ihrer jüdischen Verwandten zu erfahren und ihnen kleine Überlebenshilfen ins Lager zu schicken, so lange das noch möglich ist. (Gott sei Dank war ihr Mann bei der Eheschließung zum „guten“ Katholizismus konvertiert!). Sie weiß, dass Männer schwach („sehr schwach“) sind und starke Frauen brauchen, drängt deshalb ihren Karl, nach Amerika zu emigrieren. Dessen Karriere als Arzt erhält aber erst Schwung, als Großmama und Tochter und Dienstmädchen Liesel als starke Verbündete ebenfalls dort eintreffen. „Es ist Frauensache, dafür zu sorgen, dass die Familie ihr Niveau hält. Männer sind nicht stark genug.“ Das ist ihr Motto und Gott gibt ihr Kraft, auch wenn der sie oft genug im Stich lässt.

Großmama hat viele Talente, viele liebenswerte Marotten und ein aufmüpfiges We-

sen. Alles zusammen gibt sie samt und sonders weiter an Tochter und Enkelin - und wie! Aber glücklich ist sie damit nicht: Die musikalische Tochter, der eine Karriere als Konzertpianistin offen stehen könnte (aber in solchen Zeiten, als Halbjüdin!) muss in Amerika ausgerechnet den genialen und lebensuntüchtigen Dische heiraten und als Pathologin Leichen aufschneiden. Den Vornamen „dieses unerträglichen Dische“ erfährt man übrigens nie. Die Enkelin, mit Talenten überaus gesegnet, ist ein wildes Wesen und erlebt mit 17 Jahren bereits Abenteuer, für die andere Menschen ein ganzes Leben benötigen.

Und doch: Großmama ist immer da für die Familie, mit Tatkraft bis ins hohe Alter (auch wenn sie schon mit 36 wusste, dass sie das nächste Jahr wahrscheinlich nicht mehr erleben würde), ihre Rettungsaktionen sind von hohem Stil.

Irene Disches Kunstgriff, Großmama aus dem Grab heraus erzählen zu lassen, erlaubt ihr zweierlei: einmal Großmamas Geschichte zu erzählen und zum anderen ihre eigene Autobiographie. Wunderbar!

Am Ende des Buches wünscht man sich zweierlei: Großmama soll weitererzählen, ausufernd und weitschweifig. Und: man hätte sie gerne kennen gelernt, Großmama und ihr ganzer Anhang samt Dienstmädchen Liesel.

Elli Brinkschulte



Großmama packt aus
Roman
von Irene Dische
DTV Deutscher
Taschenbuchverlag
ISBN: 3-423-13521-2
9,50 Euro

Erinnerungen

an die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm

Sie wurde 1831 als drittes von 18 Kindern des Tabakfabrikanten Gustav Adolph Schlesinger und seiner Frau Henriette Wilhelmine Jülich, geboren. Alle Äußerungen über ihre Kindheit weisen darauf hin, dass diese nicht eben glücklich war.

**„Mehr Stolz, ihr Frauen!
Der Stolz kann missfallen,
aber man verachtet ihn nicht.“**

Hedwig Dohm hat Zeit ihres Lebens unter ihrer schlechten schulischen Ausbildung gelitten; während ihre 10 Brüder förmlich zur Ausbildung gedrängt wurden, musste sie mit 15 Jahren die Schule verlassen und im Haushalt der Familie helfen. Drei Jahre später wurde ihr endlich der Besuch eines Lehrerinnenseminars gestattet. Mit 19 Jahren, noch vor ihrem Abschluss, heiratete sie Ernst Dohm, den Chefredakteur der satirischen Zeitschrift „Kladderadatsch“, mit dem sie 5 Kinder hatte. Der einzige Sohn starb bereits mit 11 Jahren an Scharlach, wonach sie darauf drang, dass ihre vier Töchter eine fundierte Berufsausbildung bekamen. Das Ehepaar Dohm verkehrte in intellektuellen Kreisen, das Dohm'sche Haus wird ein beliebter und bekannter Salon in Berlin.

Hedwig Dohm beginnt ihre Publikations-tätigkeit mit Märchen in einer Kinderzeit-schrift. 1867 erscheint ihr erstes selbständi-ges Werk, „Die spanische Nationalliteratur in ihrer geschichtlichen Entwicklung“. Das Wissen dafür eignete sie sich autodidak-tisch an. Ab 1872 erschienen ihre ersten feministischen Essaybände, kaum beachtet und wenn, schärfstens kritisiert:

- Was Pastoren von Frauen denken
- Der Jesuitismus im Hausstande
- Die wissenschaftliche Emanzipation der Frau
- Der Frauen Natur und Recht

1883 stirbt ihr Mann, einige Zeit später zieht sie zu ihrer Tochter Else Rosenberg. 1888 war sie eine der Gründerinnen des Vereins „Reform“. Ab 1890 veröffentlichte sie wieder, nun jedoch Romane, Theater-

stücke und Erzählungen, wobei sie sich auch vermehrt politisch in der langsam erstarkenden Frauenbewegung engagier-te. Hedwig Dohms Bekanntheitsgrad als Schriftstellerin und Frauenrecht-lerin wächst. Bekannt wurde sie vor allem durch ihre politischen Essays und Feuilletons, in denen sie antifeministische Meinungen, die sich als „Alltagswissen“ tarnen, mit der ihr eigenen Ironie und ihrer bestechenden Logik offen legt und ad absurdum führt. Anlass für ihre Schriften sind nicht selten Äuße-rungen anerkannter Kapazitäten aus Medizin, Naturwissenschaft und Philosophie, z.B. Virchow und Nietzsche, deren Thesen und Vor-urteile sie humorvoll und gleich-zeitig kompromisslos als unhaltbar entlarvt. Sie ist voll des Glaubens an den Fortschritt und eine bessere Zukunft, in der die Frauen genauso wie die Männer ihre individuelle Freiheit genießen und ihr Leben selbst bestimmen können. Dieser Zukunftsoptimismus wird bei Ausbruch des 1. Weltkrieges gründlich zerbombt. Entsetzt ist sie sowohl über die Kriegereignisse als auch über die Kriegsbe-geisterung, die so viele teilen.

Hedwig Dohm stirbt am 1. Juni 1919. Elf Jahre nach ihrem Tod beklagt sich ihre Toch-ter Hedwig Pringsheim-Dohm (Schwieger-mutter von Thomas Mann) darüber, dass ihre Mutter zu diesem Zeitpunkt schon fast in Vergessenheit geraten ist. Hedwig Dohm war mit ihrem Feminismus ihrer Zeit weit voraus. Sie forderte gleiche Bildung und Ausbildung für Mädchen und Jungen. Sie war überzeugt davon, dass ökonomische Selbständigkeit der einzige Weg für Frauen sei, nicht mehr im „Ehegefängnis“ zu lan-den. Darüber hinaus sprach sie sich vehement für das Frauenwahlrecht aus. Sie war eine der ersten feministischen Theo-retikerinnen, die geschlechtsspezifische Verhaltensweisen auf die kulturelle Prä-gung zurückführte statt auf angeborene Prägung.

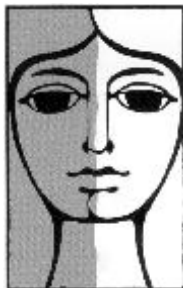


Zum 175. Geburtstag im Jahre 2006 erschien im März 2006 im „trafo-Verlag“ Berlin erstmals ein Band mit ausgewählten Texten von Hedwig Dohm. Hrsg. Nikola Müller und Isabel Rohner ISBN 3-89626-559-8

Kopftuchdebatte

Interview mit Sidar Demirdögen

Zu den Themen: Kopftuchdebatte und Zwangsheirat führten wir ein Interview mit Sidar Demirdögen, der Vorsitzenden des Bundesverbands für Migrantinnen in Deutschland e.V.



Was kann man sich unter dem Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. vorstellen?

Sidar Demirdögen: Unser Verband ist ein Zusammenschluss von über 23 Frauengruppen bundesweit. Gegründet wurde unser Verband auf einer Migrantinnenkonferenz im März 2005, an dem mehr als 250 Frauen aus verschiedenen Städten teilnahmen. Die konkrete Lebenssituation sowie die damit verbundenen Problemerkahrungen von Migrantinnen haben uns davon überzeugt, selbst aktiv zu werden und uns zu organisieren. Denn gerade Migrantinnen leiden besonders unter sozialen, ökonomischen und rechtlichen Benachteiligungen und Diskriminierungen. Zusätzlich haben wir immigrationsspezifische Probleme, die Frauen in ihren Handlungsmöglichkeiten einschränken. Das Bedürfnis und Verlangen, sich zusammen zu schließen und gemeinsam nach Lösungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu suchen, ist heute stärker denn je. Unser Verband setzt genau bei diesen Bedürfnissen und Forderungen an. Wir wollen keine weiteren Ghettos schaffen, sondern verstehen uns als ein Ort des Zusammenkommens und des gemeinsamen Handelns für Gleichberechtigung und Gleichstellung von Migrantinnen in der Gesellschaft.

Wie schätzen Sie die aktuelle Kopftuchdebatte ein?

Sidar Demirdögen: Der öffentliche Appell von Daimagüler und Politikerinnen ist nichts anderes als eine Fortsetzung der bisherigen politischen und fragwürdigen Auseinandersetzung um Integration. Die Kopftuchdebatte bietet keine Lösungen

und fördert auch in keiner Weise die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen. Vielmehr bestärkt sie bei Migrantinnen den Rückzug in die eigenen Reihen und das Festhalten an überkommenen Traditionen und Sitten. Der religiöse Glaube ist eine private Angelegenheit - man muss Religion und Politik voneinander trennen. Unser Verband wehrt sich vehement gegen jegliche politische Instrumentalisierung. Anstatt sich mit dem Glauben der hier lebenden Migrantinnen zu beschäftigen, sollte man sich darüber Gedanken machen, wie z.B. die Zahl der Integrationskurse erhöht werden kann, wie die erschreckende Situation der Migrantinnen im Bildungssystem und auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessert werden kann.

Wie ist eure Meinung zur Zwangsheirat - Einschätzung der bestehenden Lösungsansätze?

Sidar Demirdögen: Ehrenmorde und Zwangsverheiratungen sind Menschenrechtsverletzungen, die keine Rechtfertigung dulden dürfen. Auch wir sehen dringenden Handlungsbedarf Maßnahmen zu ergreifen, die betroffenen Frauen helfen, sich aus ihrer Zwangslage befreien zu können. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, benötigen dringend rechtliche Verbesserungen und keine weitergehenden Einschränkungen, so wie sie im Antrag der Bundesregierung gefordert werden. Jegliche rechtliche Barrieren müssen aufgehoben werden, um gewaltbetroffenen Frauen die Möglichkeit zu geben, sich aus ihrer Zwangslage befreien zu können. Die Angst um den eigenen Aufenthaltsstatus zwingt Frauen nicht selten dazu, sich der Gewalt zu beugen.

Wenn wir Frauen wirklich helfen wollen, so gelingt das zentral über aufenthaltsrechtliche Verbesserungen, d.h. über ein eigenständiges Aufenthaltsrecht in Deutschland für betroffene Frauen und über ein uneingeschränktes Rückkehrrecht nach Deutschland für Frauen, die ins Ausland zwangsverheiratet wurden.

Resolution gegen Rechts

ver.di-Jugend bezieht Stellung

Am 9. Oktober 2006 verabschiedete die ver.di-Jugend Rhein-Neckar die nachfolgende Resolution. Sie sammelt seither Unterschriften bei Vereinen, Jugendverbänden, Netzwerken, Bündnissen, Organisationen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Parteien.

Die ver.di-Bezirkskonferenz Rhein-Neckar am 23.11.2006 verurteilte in einer Resolution die rechtsextremen Angriffe auf öffentliche Veranstaltungen der letzten Tage, z.B. auf die SPD Laudenbach, das Bündnis gegen Rechtsradikalismus im Land-kreis Bad Dürkheim (Grüne, WASG, ver.di) und auf die DGB-Jugend Hamburg aufs Schärfste. Die Politik wird aufgefordert, die Bedrohung des Rechtsextremismus, in allen gesellschaftlichen Bereichen stärker deutlich zu machen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Resolution gegen Rechts

Die Unterzeichner/innen erteilen Nazis eine klare Absage! Ihre Vision ist eine unsoziale Zukunft: Fortsetzung der Ausbeutung, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung. Vor dem Hintergrund einer jungen rechtsextremen Szene, wollen wir nicht wegschauen, sondern offensiv und deutlich hörbar widersprechen. Die Jugendverbände in der Rhein-Neckar-Region stehen für Freiheit, Toleranz, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und internationale Menschenrechte! Hiermit nehmen unsere Vereine, Netzwerke, Bündnisse, Organisationen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Parteien den Rechtsextremen gemeinsam die Legitimation, sich als Sprachrohr der deutschen Jugend auszugeben.

Die TeilnehmerInnen der ver.di-Bezirksjugendkonferenz Rhein-Neckar, Bezirk Rhein-Neckar

Termine

von ausgewählten ver.di-Seminaren im Jahr 2007

Die Seminare sind offen für alle interessierten ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose, SeniorInnen etc. Für ver.di-Mitglieder werden die Kosten von ver.di übernommen bzw. bei Betriebs- und Personalratsmitgliedern ggfs. von den Arbeitgebern. Bei Interesse bitte melden bei der ver.di-Bezirksverwaltung Rhein-Neckar.

- | | | | |
|--------|------------|---------|---|
| 09.11. | 11.03.2007 | Berlin | „Hetzt du noch oder entspannst du schon?“
Vereinbarung von Familie und Beruf. Es sollen Ursachen und Gründe gefunden werden, die das Erreichen dieses Zieles so schwer erreichbar werden lassen. Ziel ist dabei, individuelle und kollektive Lösungsformen zu finden und Vereinbarungen zur Umsetzung zu treffen. |
| 22.06. | 24.06.2007 | Berlin | Wissensmanagement - Chance und Herausforderung für Frauen
Es geht um neue Konzepte, das Wissen in den Köpfen optimal zu nutzen. Gemeint ist vor allem das nicht dokumentierte und oft nicht bewusste Erfahrungswissen. Dieses Seminar will besonders Frauen vermitteln, wo ihre Stärken und Chancen bei Ansätzen des Wissensmanagements liegen. |
| 15.07. | 20.07.2007 | Mosbach | Es geht auch anders. Lesben, Schwule, Bisexuelle in der Arbeitswelt
Im Seminar sollen persönliche, rechtliche, betriebliche und gesellschaftliche Diskriminierungs- und Konfliktfelder analysiert und persönliche und betriebliche Handlungsprojekte entwickelt werden, um dem Ziel einer vollständigen Gleichstellung näher zu kommen. |

Aus dem Mitmachprogramm

- | | | | |
|----------------|-----------|---------------------|---|
| 28. April 2007 | 11-17 Uhr | Workshop für Frauen | „Empowerment“ Strategien zur Ermutigung und Ermächtigung von Frauen
Was heißt es, Macht zu entfalten? Wie vertritt frau eigenmächtig und selbstbestimmt ihre Belange im beruflichen Umfeld? Auf der Grundlage von persönlichen Erfahrungen werden mit praktischen Übungen Strategien zur Ermächtigung entwickelt. |
|----------------|-----------|---------------------|---|

FRAU aktiv

Januar 2007



bewegt!

Und das nicht nur am Arbeitsplatz, in den Betrieben, vor Ort und in der Gesellschaft, sondern auch sich selbst. So sind die ehemaligen Bezirke Mannheim und der Heidelberger Teil des Bezirkes Heidelberg-Buchen zusammengerückt und bilden seit dem 1. Januar 2006 den ver.di Bezirk Rhein-Neckar. Aus 2 Frauenräten wurde ein Frauenrat - der gewachsen und gestärkt aus dem Zusammenschluss der beiden Bezirke hervorgegangen ist.

Im ver.di Bezirk Rhein-Neckar sind alle 13 Fachbereiche (FB) personell besetzt. Um Euch die Orientierung zu erleichtern, haben wir die Fachbereiche mit den entsprechenden AnsprechpartnerInnen aufgelistet.

Nr.	Bez. d. Fachbereiche	zust. GewerkschaftssekretärIn
FB 1	Finanzdienstleistungen	Katja Bronner
FB 2	Ver- und Entsorgung	Klaus Lindner
FB 3	Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt u. Kirchen	Mia Lindemann / Michael Zimmer
FB 4	Sozialversicherung	Bernd Harth
FB 5	Bildung, Wissenschaft, Forschung	Bernd Harth
FB 6	Bund, Länder	Walter Stumpf
FB 7	Gemeinden	Sabine Schlorke / Bernhard Rauscher
FB 8	Kunst, Kultur, Medien, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion	Gerd Vohs
FB 9	Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung	Bodo Moray
FB 10	Postdienste, Speditionen und Logistik	Angelika Paqué
FB 11	Verkehr	Walter Stumpf
FB 12	Handel	Sabine Möller
		Stephan Weis-Will
FB 13	Besondere Dienstleistungen	Katja Udluft



**Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft**

www.rhein-neckar.verdi.de